Flächennutzungsplan Kleinmachnow

Verfahren zur 11. Änderung (Bereich Verlängerung Wolfswerder)

Abwägungsprotokoll

zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf

Legende

Spalte "*weitere Bearbeitung*" (Empfehlungen zur weiteren Bearbeitung):

P	=	Änderung der Planzeichnung
L	=	Änderung der Legende
T	=	Änderung / Ergänzung der textlichen Festsetzungen bzw. textlichen Hinweise
B	=	Änderung der Begründung / Aufnahme von Hinweisen in die Begründung
H	=	Sonstiger Handlungsbedarf
K	=	Keine Abwägung, da keine abwägungsbedürftige Äußerung vorliegt
N	=	Nichtberücksichtigung
V	=	Vorschlag wurde bereits berücksichtigt
Z	=	Zurückweisung der Argumentation

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
4	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	04.07.2019	<p>Die raumordnerischen Beurteilungsgrundlagen haben sich seit unseren Stellungnahmen vom 17.05. und 11.06.2018 durch die Unwirksamkeit des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 und das Inkrafttreten des LEP HR maßgeblich verändert. Hinsichtlich der geplanten Änderung im Bereich Verlängerung Wolfswerder ergeben sich durch das Inkrafttreten des LEP HR am 01.07.2019 jedoch keine grundlegend anderen landesplanerischen Bewertungen als auf der Basis des LEP B-B:</p> <p>Der Änderungsbereich wird auch zukünftig innerhalb des Gestaltungsraums Siedlung liegen und gehört gemäß Z 5.6 Abs. 1 LEP HR zu den Siedlungsschwerpunkten, in denen die Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen quantitativ nicht begrenzt wird. Auch die sonstigen geplanten Darstellungen sind hier möglich.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.</p> <p>Die für die Planung relevanten Grundsätze der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Ein Hinweis auf die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung gemäß Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) wurde in die Entwurfsfassung der Begründung in der Fassung zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit vom Juli 2019 bereits eingearbeitet (vgl. Kap. 3.1. Planerische Ausgangssituation – Landes- und Regionalplanung.)</p>	K
9	Bbg. Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB)	24.06.2019	Der Geltungsbereich tangiert keine landeseigenen Flurstücke.	Keine Abwägung erforderlich.	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
19	Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)	05.07.2019	<p>Gegen den vorliegenden 2. Entwurf zur 11. Flächennutzungsplan-Änderung (FNP-Änderung) für den Bereich Wolfswerder der Gemeinde Kleinmachnow, der gegenüber dem mir vorliegenden Entwurf vom Dezember 2007 hinsichtlich der Wohnbauflächenausweisung wesentlich reduziert wurde und im östlichen Änderungsbereich nun Grünflächen ausweist, bestehen aus Sicht der Landesverkehrsplanung keine Einwände.</p> <p>Die Wohnbauflächenneuausweisung umfasst ausschließlich bereits parzellierte, an die vorhandene Bebauung unmittelbar angrenzende Grundstücke, deren verkehrliche Erschließung durch die konzipierte Verlängerung der Straßen „Am Rund“ und „Wolfswerder“ gewährleistet ist.</p> <p>Die geplanten baulichen Anlagen fügen sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die Umgebungsbebauung ein. Eine Berührung ziviler luftrechtlicher Belange kann somit ausgeschlossen werden.</p> <p>Belange der ebenfalls zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn / Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV werden durch den 2. Entwurf der 11. FNP-Änderung ebenfalls nicht berührt.</p> <p>Planungen der v. g. Verkehrsbereiche, die das FNP-Änderungsgebiet betreffen könnten, liegen nicht vor.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	Keine Abwägung erforderlich.	K
20	Landesbetrieb Straßenwesen (LS)	10.07.2019	Die vom Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam für die Landesstraße (L) 77 Zehndorfer Damm zu vertretenden Belange, werden durch die Planänderung nicht berührt.	Keine Abwägung erforderlich.	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
			Zur 11. Änderung des FNP werden aus verkehrlicher Sicht keine Bedenken geäußert.		
24	Landesamt für Umwelt (LfU)	10.07.2019	Die übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft, hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Anregungen und Hinweise übergeben. Der Fachbereich Naturschutz hat keine Stellungnahme abgegeben.	Keine Abwägung erforderlich.	K
	ders., Immissionsschutz		Betriebe, Anlagen und andere Emissionsquellen, die das Plangebiet beeinflussen könnten, sind im Landesamt für Umwelt (LfU) nicht bekannt. Aus Sicht des Immissionsschutzes bestehen gegenüber der 11. Änderung des FNP keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	K
	ders., Wasserwirtschaft		Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.	Keine Abwägung erforderlich.	K
29	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR)	19.06.2019	Keine Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können. Keine beabsichtigten eigenen Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit: Das Planungsgebiet befindet sich vollständig im Beeinflussungsbereich des Erdgasspeichers / Untergrundspeichers Berlin der Berliner Erdgasspeicher GmbH im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Bedingt durch den	Keine Abwägung erforderlich. Ein Hinweis auf die Lage im Beeinflussungsbereich des Erdgasspeichers / Untergrundspeichers Berlin und die Einstellung des Betriebes ist in der Begründung bereits enthalten (vgl. Kap. 4. Bestandssituation im Änderungsbereich).	

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
			<p>Speicherbetrieb sind großflächig um den Speicherstandort an der Erdoberfläche Bodenbewegungen feststellbar. Aufgrund ihrer gleichförmigen Ausprägung und großflächigen Ausbreitung führen diese im Regelfall jedoch zu keinen Nutzungseinschränkungen an der Erdoberfläche.</p> <p>Die Berliner Erdgasspeicher GmbH hat den Betrieb des Berliner Erdgasspeichers / Untergrundspeichers im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und somit die Vermarktung von Speicherkapazitäten bereits zum 01.04.2017 eingestellt. Der Prozess der Stilllegung wird sich allerdings über viele Jahre erstrecken (Restgasabführung, Monitoring, Rückbau etc.).</p> <p>Weitergehende Informationen sind erhältlich bei dem Betreiber des Gasspeichers. Nähere Auskünfte können im Bedarfsfall darüber hinaus auch beim LBGR durch eine gesonderte Anfrage eingeholt werden.</p> <p>Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.</p> <p>Hingewiesen wird auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht (§§ 3, 4 und 5 Abs. 2 Satz 1 Lagerstättengesetz).</p>		
31	Bbg. Landesamt für Denkmalpflege u. Archäologisches Landesmuseum (BLDAM), Abt. Bodendenkmalpflege	04.06.2019	Belange des Bodendenkmalschutzes sind nicht betroffen. Archäologische Funde sind unverzüglich anzuzeigen.	Keine Abwägung erforderlich. Ein entsprechender Hinweis ist in der Begründung bereits enthalten (vgl. Kap. 4 Bestandssituation im Änderungsbe- reich).	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
35	Landesbetrieb Forst Brandenburg – untere Forstbehörde -	25.06.2019	<p>Nach Überprüfung der Unterlagen und Ortsbesichtigung wird festgestellt, dass Wald gem. § 2 LWaldG1 von der Planung betroffen ist (vgl. Stellungnahme vom 02.04.2008). Es bestehen keine Einwendungen zur Planung.</p> <p>Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Nutzungsartenänderung von Wald geschaffen werden. Die dabei überplante Waldfläche erfordert im weiteren Bebauungsplanverfahren, im konkreten Bauantragsverfahren oder in einem eigenständigen forstrechtlichen Verfahren die Genehmigung zur Umwandlung von Wald.</p> <p>Es bestehen damit mehrere Möglichkeiten, die geplante Waldinanspruchnahme entsprechend § 8 LWaldG zu regeln:</p> <p>Variante 1: Waldrechtliche Qualifizierung des Bebauungsplans, in dem schon im Bebauungsplan die notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 8 Abs. 3 LWaldG festgesetzt und abschließend dargelegt werden. Dies würde ein anschließendes Waldumwandlungsverfahren entbehrlich machen.</p> <p>Als forstrechtlich qualifizierter Bebauungsplan kann ein B-Plan nur dann gelten, wenn die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die Waldinanspruchnahme im B-Plan nach Art und Umfang ausreichend, forstfachlich und forstrechtlich eindeutig sowie hinsichtlich der zeitlichen Abfolge zur Erstellung umfassend geregelt sind.</p> <p>Variante 2: Ist in einem Bebauungsplan gem. § 30 BauGB, der die Anforderungen des § 8 Abs. 2, Satz 3 LWaldG (waldrechtliche Qualifikation) nicht erfüllt, eine vom Wald abweichende bauliche Nutzung als zulässig festgesetzt, so kann der Vorhabensträger die Waldumwandlung und die damit ver-</p>	<p>Die Belange des Walderhalts werden für den westlichen Teilbereich unter Berücksichtigung der von Seiten der unteren Forstbehörde in Aussicht gestellten Genehmigung der Waldumwandlung und der zwingend durchzuführenden forstrechtlichen Kompensationsmaßnahmen zurückgestellt gegenüber einer städtebaulichen Entwicklung. Diese städtebauliche Entwicklung soll durch die kleinräumige Arrondierung und behutsame Nachverdichtung eines bestehenden Siedlungsgebietes unter Inanspruchnahme bereits vorhandener Infrastruktur und mit möglichst umfassenden Baumerhalt erfolgen.</p> <p>Im Hinblick auf den Baumbestand macht die Gemeinde von der Möglichkeit Gebrauch, schon auf der FNP-Ebene das Nutzungsmaß Grundflächenzahl (GRZ) darzustellen und so Vorgaben für die nachfolgende <i>verbindliche</i> Bauleitplanung zu machen. Die dargestellte GRZ von lediglich 0,15 ermöglicht es, in Kombination mit festzusetzenden überbaubaren Grundstücksflächen („Baufenster“) wertvolle Einzelbäume auf den künftigen Baugrundstücken zu erhalten.</p> <p>Ein Hinweis auf die Waldeigenschaft von Teilflächen sowie die zur Umsetzung der Planung erforderliche Waldumwandlungsgenehmigung und forstrechtlichen Kompensationsmaßnahmen wurde in die Entwurfsfassung der Begründung in der Fassung zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit vom Juli 2019 bereits eingearbeitet (vgl. Kap. 4 Bestandssituation im Änderungsbereich und 5 Inhalt der 11. Änderung des Flächennutzungsplans).</p>	V, H

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
noch 35	weiter Landesbetrieb Forst Bbg.		<p>bundenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im späteren Baugenehmigungsverfahren beantragen.</p> <p>Variante 3: Ist in einem Bebauungsplan gem. § 30 BauGB, der die Anforderungen des § 8 Abs. 2, Satz 3 LWaldG (waldrechtliche Qualifikation) nicht erfüllt, eine vom Wald abweichende weitere baugenehmigungsfreie Nutzung (z. B. Grünfläche) als zulässig festgesetzt, so hat der Vorhabensträger gesondert einen formgebundenen Antrag auf Genehmigung zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart gem. § 8 LWaldG bei der Oberförsterei Potsdam als untere Forstbehörde zu stellen, der von dort entschieden wird.</p> <p>Hinweise zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen:</p> <p>Die Ermittlung des erforderlichen Kompensationsverhältnisses nach § 8 Abs. 3 LWaldG erfolgt durch die untere Forstbehörde auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift zu § 8 LWaldG.</p> <p>Die qualitativen Kompensationsmaßnahmen sind möglichst in unmittelbarer Nähe der umzuwandelnden Waldfläche, hier innerhalb der Gemeinde Kleinmachnow durchzuführen. Ist dies nachweislich nicht möglich, sind die Kompensationsmaßnahmen grundsätzlich im betroffenen Naturraum, hier der Naturraum „Mittlere Mark“ zu verwirklichen.</p> <p>Als Kompensationsmaßnahmen können Maßnahmen nur dann angerechnet werden, wenn sie nicht auf Grund anderer rechtlicher Verpflichtungen oder einer finanziellen Förderung des Landes durchgeführt werden. Zur Ersatzaufforstung können nur Flächen herangezogen werden, die zum Zeitpunkt der Bescheidung nicht Wald i. S. d. § 2 LWaldG sind. Die Kompensationsmaßnahmen können auf Eigentumsflächen des Antragstellers oder auch auf geeig-</p>		

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
			neten Grundstücken anderer Eigentümer erfolgen. Die Prüfung und Akzeptanz des entsprechenden verorteten Nachweises erfolgen alleinig durch die untere Forstbehörde.		
37	Reg. Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	09.07.2019	<p>Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 ist auf Grund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 5. Juli 2018 unwirksam geworden. Somit liegen für die Region Havelland-Fläming bis auf weiteres keine Ziele und Grundsätze der Regionalplanung vor.</p> <p>Auf Grund des § 2c Absatz 1 Satz 1 des RegBkPIG hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming am 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschlossen. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 soll auch Festlegungen zur räumlichen Steuerung der Planung und Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen beinhalten, um die Rechtswirkungen des § 35 Absatz 3 Satz 3 des Baugesetzbuchs herbeizuführen.</p> <p>Für die zukünftig durch den Regionalplan herzustellende räumliche Steuerung der Windenergienutzung hat die Regionalversammlung gleichfalls am 27. Juni 2019 ein Plankonzept mit dafür voraussichtlich anzuwendenden Kriterien beschlossen.</p> <p>Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 soll insbesondere textliche und zeichnerische Festlegungen treffen</p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Daseinsvorsorge und Siedlungsentwicklung, - zum vorbeugenden Hochwasserschutz, - zur räumlichen Steuerung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen, - zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, - zur landwirtschaftlichen Bodennutzung <i>und</i> - zum Freiraum. 	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis ist in der Begründung bereits enthalten (vgl. Kap. 3.1 Landes- und Regionalplanung).</p>	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
noch 38	weiter Landkreis		<p>dem Antrag auf Baugenehmigung eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 (1) des Wasserhaushaltsgesetzes bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark zu beantragen.</p> <p>Das unverschmutzte Niederschlagswasser ist vorzugsweise schadlos am Ort des Anfalls zu versickern.</p> <p><u>Untere Abfallwirtschaftsbehörde:</u></p> <p>Abfallrechtliche Belange stehen der 11. Änderung des FNP der Gemeinde Kleinmachnow gegenwärtig nicht entgegen. Bei Konkretisierung geplanter Baumaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde erneut zu beteiligen.</p> <p>Bei der Planung sind die Hinweise des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers entsprechend dem beigefügten Informationsblatt zu beachten. [Weitere Hinweise, die bei Baumaßnahmen zu berücksichtigen sind.]</p> <p><u>Untere Bodenschutzbehörde:</u></p> <p>Für die Flächen liegen im Altlastenkataster des Landkreises Potsdam-Mittelmark keine Eintragungen von Altlastenverdachtsflächen bzw. Altlasten vor.</p> <p><u>Untere Naturschutzbehörde:</u></p> <p>Aus naturschutzrechtlicher Sicht ergeben sich keine Einwendungen, Hinweise oder Anregungen.</p>		
41	Kreishandwerkerschaft Potsdam	11.07.2019	Aus Sicht der Kreishandwerkerschaft Potsdam bestehen keine Bedenken zur geplanten Änderung des Flächennutzungsplans.	Keine Abwägung erforderlich.	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
42	IHK Potsdam	03.07.2019	Gegen die Planung bestehen zum aktuellen Zeitpunkt keine Bedenken. Um weitere Einbeziehung wird gebeten.	Keine Abwägung erforderlich.	K
42	Handelsverband Berlin-Brandenburg (HBB)	13.06.2019	Zum Entwurf bestehen keine Bedenken. Die Belange des Handels werden nicht berührt. Es wird darum gebeten, den HBB über das Ergebnis der Beteiligung in Kenntnis zu setzen.	Keine Abwägung erforderlich. Der HBB - wird wie alle beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die im Planverfahren eine Stellungnahme abgegeben haben - nach Abschluss des Planverfahrens über das Ergebnis der Abwägung in Kenntnis gesetzt.	K
44	Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH (MWA)	05.08.2019	Grundsätzliche Zustimmung zur Planung. Die Gemeinde Kleinmachnow liegt im Verbandsgebiet des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ (WAZV). Der WAZV ist Eigentümer der Trink- und Schmutzwasseranlagen der Gemeinde Kleinmachnow. Die Trinkwasser- und Schmutzwasserentsorgung erfolgt entsprechend den Satzungen und Vertragsbestimmungen des WAZV. Anlagenbetreiber ist die Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH. Im geplanten Bereich Verlängerung Wolfswerder sind noch keine Trinkwasser- und Schmutzwasserentsorgungsanlagen vorhanden. In tangierender Randlage befinden sich in den Straßen Wolfswerder und Am Rund in bereits bebauten Bereichen Trink- und Schmutzwasserleitungen sowie Hausanschlüsse. Eine trinkwasser- und schmutzwassertechnische Erschließung im Bereich der Verlängerung ist über die vorhanden Trink- und Schmutzwasseranlagen möglich. Den genauen Verlauf der Trink- und Schmutzwasserleitungen entnehmen Sie bitte den Auszügen aus den Bestandsplänen. Je nach künftigem Trinkwasserbedarf und Schmutzwasseranfall muss geprüft werden, ob die vorhandenen Leitungen ausreichend sind. Die Absicherung des Feuerlöschgrundschutzes muss ebenfalls neu geprüft werden.	Keine Abwägung erforderlich.	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
			<p>Für die Herstellung von Trink- und Schmutzwasserhausanschlüssen sind beim WAZV Anträge zu stellen.</p> <p>Weitere Hinweise, die bei Baumaßnahmen zu berücksichtigen sind.</p>		
44	WBV Nuthe-Nieplitz	24.06.2019	<p>Das Verbandsgebiet (§ 6 WVG) umfasst das Einzugsgebiet der Nuthe, des Teltowkanals und des Zahna in Brandenburg. Flächen der Gewässer I. Ordnung sind vom Verbandsgebiet ausgenommen.</p> <p>Im Zuge der Aufforderung zur Stellungnahme wird für den Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. An allen Gewässern ist nach § 38 WHG ein Gewässerrandstreifen im Außenbereich von 5 m Breite freizuhalten. Die Breite gilt jeweils auf beiden Seiten des Gewässers. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen sind u.a. im Gewässerrandstreifen verboten. 2. Gewässerrandstreifen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile werden nach § 38 Abs. 3 WHG durch die zuständige Behörde mit einer angemessenen Breite festgesetzt und sollte eine Breite von 5 m betragen. Der Zugang für Maschinenteknik z.B. Traktor muss am gesamten Gewässer gewährleistet bleiben. 3. Nach § 41 Abs. 2 sind Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden. 4. Aufgrund der zunehmenden Witterungsextreme wird dringend empfohlen, für das gesamte Plangebiet die 	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Ein Hinweis auf den Gewässerrandstreifen ist in der Begründung bereits enthalten (vgl. Kap. 4 Bestandssituation im Änderungsbereich und 5.3 Wasserflächen).</p>	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
			<p>schadlose Abführung von Niederschlag für die Lastfälle r (5/5) und r (5/100) gemäß Kostra DWD zu berechnen und zu prüfen.</p> <p>5. Einleitung von Niederschlagswasser von Straßen, befestigten Flächen, Bauten, etc. in Oberflächengewässer bedürfen einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen und die UWB zu beteiligen.</p> <p>6. Sollten während der Bauphasen Einleitungen von Wasser in ein Gewässer erfolgen, ist vom Verband eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.</p> <p>7. Bestehende Zufahrten, Durchfahrten, Zugänge, Zuwegungen, etc. für die Gewässerunterhaltung sind zu erhalten. Bei Neuanlagen bzw. Umbauten sind Art und Weise der Ausführung auf folgende Fahrzeuge abzustellen: Traktoren mit Anbaugeräten bis 17 t, Ketten- und Mobilbagger bis 22 t Gesamtgewicht.</p> <p>8. Bei Neuerrichtung oder Instandsetzung von Durchlässen / verrohrten Überfahrten sind Ein- und Auslauf als senkrechte Stirnwände zu errichten, mit der Oberkante ebenerdig. Die Böschung ist entsprechend dem Grabenprofil in gleichartiger Neigung gerade anzuarbeiten.</p> <p>9. Die Einbauhöhe der Durchlasssohle hat 10 cm unterhalb der Gewässersohle zu erfolgen mit fachgerechter Gründung und einem Gefälle entsprechend der Grabensohle.</p> <p>10. Böschungsfußsicherung am Ein- und Auslauf ist auf 3 m Länge beidseitig auszuführen als Faschinensicherung oder als Pfahlreihe. Oberkante der Fußsicherung ist MW.</p> <p>11. Bei erforderlichen Böschungssicherungen sind diese mit Wasserbausteinen auszuführen und anschließend zu verfestigen, zu verdichten bzw. packen. Die Lage Was-</p>		

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
			<p>serbausteine ist mit 20 cm Mutterboden derart zu überdecken, dass ein Böschungsplanum mit der heranlaufenden Böschung besteht und Rasenansaat.</p> <p>12. Gewässer-Kreuzungen mit Medien oder Leitungen sind in einem Winkel von 90° zur Gewässerachse herzustellen. Der Verlegeabstand zur Sohle der Gewässer hat mindestens 1,50 m zu betragen. Die normale Verlegetiefe darf erst wieder in einem Abstand von 5 Metern von der Böschungsoberkante des Gewässers erreicht werden. Die Überfahrbarkeit der Trasse muss für Maschinen bis 22 t gewährleistet sein. Nach der Verlegung der Leitungen sind die Gewässer sowie alle anderen während des Baues in Anspruch genommenen Flächen und Anlagen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Nach Abschluss der Arbeiten ist die geforderte Verlegetiefe und –richtung mittels Bestandszeichnung und eingemessenen Höhen nachzuweisen und als Bestandsplan zu übergeben.</p> <p>13. Trassen sind beidseitig außerhalb des Abflussprofils zu kennzeichnen. Im Außenbereich gemäß BauGB ist die Markierung mit einer Höhe von mindestens 1,80 m ab Bodenoberkante zu errichten, im Innenbereich gemäß BauGB 1,0 m ab Bodenoberkante. Die Markierung ist vom Rechtsträger der Leitung in ihrem Zustand zu erhalten.</p>		
44	Berliner Wasserbetriebe (BWB)	21.06.2019	Die Belange der Berliner Wasserbetriebe werden durch die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes Kleinmachnow nicht berührt. Hoheitlich zuständig ist hier die Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH, Kleinmachnow im Auftrag des Wasser- und Abwasserzweckverbandes "Der Teltow".	Keine Abwägung erforderlich.	K
45	50Hertz Transmission GmbH	04.06.2019	Im Plangebiet befinden sich derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) und es sind in nächster Zeit keine Anlagen ge-	Keine Abwägung erforderlich.	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
			plant. Die Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.		
46	NBB - Netzgesellschaft Berlin - Brandenburg	13.06.2019	Die NBB handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiberverantwortung namens und im Auftrag u.a. der GASAG AG und der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH. Eine Versorgung des Planungsgebietes ist grundsätzlich durch Nutzung der öffentlichen Erschließungsflächen in Anlehnung an die DIN 1998 herzustellen. Darüber hinaus notwendige Flächen für Versorgungsleitungen und Anlagen sind gemäß § 5 Abs. 2 im Flächennutzungsplan festzusetzen. (Weitere Hinweise für Baumaßnahmen.)	Keine Abwägung erforderlich. Im Flächennutzungsplan werden gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB ausschließlich Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen dargestellt. Ein Bedarf zur Darstellung von Flächen für Versorgungsanlagen im Geltungsbereich der 11. Änderung des Flächennutzungsplans ist nicht erkennbar.	K
48	Deutsche Telekom Technik GmbH	09.06.2019	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom für die Versorgung der Flurstücke 508 und 553. Die Belange der Telekom – z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen – sind betroffen. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Für zukünftige Erweiterungen des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.	Keine Abwägung erforderlich. Ein Hinweis auf den Leitungsbestand der Deutschen Telekom ist in der Begründung bereits enthalten (vgl. Kap. 4 Bestandssituation im Änderungsbereich).	K
50	Zentraldienst der Polizei - Kampfmittelbeseitigungsdienst	12.06.2019	Zur Beplanung des Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Munitionsfreigabebescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte. Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.	Keine Abwägung erforderlich.	K

FNP - 11. Änderung, Bereich Verlängerung Wolfswerder

– Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zum 2. Entwurf mit Schreiben v. 04.06.2019 –

Lfd. Nr.	Behörde / TöB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	weitere Bearbeitung
62	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin	09.07.2019	<p>Belange der Berliner Flächennutzungsplanung werden nicht unmittelbar berührt, es handelt sich um eine Innenentwicklung der Gemeinde Kleinmachnow im landschaftlich sensiblen Grenzbereich Berlin-Brandenburg.</p> <p>Die geänderten Planungsziele, mit denen das eingeleitete Änderungsverfahren wiederaufgenommen und fortgeführt werden soll, werden begrüßt. Durch die geplante Darstellung einer Grünfläche kann die übergeordnete Grünverbindung zwischen Berlin und Brandenburg entlang des Buschgrabens langfristig grenzübergreifend gesichert werden. Die maßvolle Begrenzung der geplanten Wohnbaufläche als Arrondierung zur bestehenden Bebauung berücksichtigt die Belange des Natur- und Artenschutzes sowie der Verbindungs-, Erholungs- und Freiraumqualitäten des Bereiches.</p> <p>Die Stellungnahme ist mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung abgestimmt.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Stellungnahme stützt die mit dem 2. Entwurf des Verfahrens KLM-FNP-11 vorgenommene Änderung der städtebaulichen Ziele und die Darstellung der östlichen Teilfläche des Änderungsbereiches als Freiraum (hier: Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft).</p>	K
63	Landeshauptstadt Potsdam	10.07.2019	Die Landeshauptstadt Potsdam hat keine Hinweise oder Anregungen zum geplanten Vorhaben.	Keine Abwägung erforderlich.	K
64	Gemeinde Stahnsdorf	20.06.2019	Durch den 2. Entwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplans Kleinmachnow werden die durch die Nachbargemeinde Stahnsdorf wahrzunehmenden öffentlichen Belange und eigene städtebaulichen Planungen nicht berührt.	Keine Abwägung erforderlich.	K